

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202 - 207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Industrie und Arbeiterschaft.

Die Kooperationsfrage auf der Unternehmertagung.

A. S. Frankfurt, 3. September. (Eigenbericht.)

Die heutige zweite öffentliche Vollversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beginnt mit einem Referat des Direktors Hans Krüger über Qualitätsarbeit.

Der Redner geht von zwei Fragen aus: Ist das Inland für die Massenproduktion von Qualitätswaren aufnahmefähig und ausnahmewillig oder fehlt die Unterstützung von Groß- und Kleinhandel zur 'Erziehung der Käufermassen', die angeblich 'Schund' verlangen, weil er ihnen als 'besonders preiswert' angepriesen wird, aber die bessere Ware vorziehen würde, wenn der 'Preis erschwinglich' wäre.

Nach dem Referat Krügers ergriff das Wort der Vorsitzende des Deutschen Werkbundes, Brockmann, und wies auf die engen Zusammenhänge zwischen den Bestrebungen des Werkbundes zur Hebung der Qualität und den Bestrebungen der Industrie hin, die auf der Tagung zum Ausdruck gekommen waren.

Wissenschaft, Arbeiterschaft, Unternehmertum.

Dem Referat schloß sich ein Vortrag des Geheimrats Dr. Hermann Bücher, M. d. R., über 'Die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Arbeiterschaft und Unternehmertum im Produktionsprozess' an: In Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse wird bei uns heute vielfach im privaten und öffentlichen Leben ein an Verschwendungssucht grenzender Aufwand getrieben, obgleich wir nur unter Anspannung aller Kräfte durch Leistungen, die über diejenigen der anderen Völker hinausgehen, uns erhalten und unserm Volke eine bessere Zukunft sichern können.

Im Grunde ist der Unterschied zwischen Arbeitern, Angestellten und Leistung nur ein Unterschied der Lebenshaltung und Sicherheit der Existenz. Die Leistungsfähigkeit gehört zum Wesen des Kapitalismus.

Die Leistung des Individuums aber ist von vielen Faktoren abhängig, die wir zum großen Teil nicht willkürlich beeinflussen können.

Dennoch müssen wir an der durch die Leistung bestimmten unterschiedlichen Entlohnung unbedingt festhalten. Wir gehen einer Zeit des Hochkapitalismus entgegen, der nicht durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgelöst werden wird, sondern wir müssen evolutionistisch zu Wirtschaftsformen kommen, die die Härten und Ungerechtigkeiten der vergangenen bekämpften oder doch mildern.

Der Widerspruch von Arbeitnehmerseite gegen die Stabilisierung der Produktion durch Kartelle, Syndikate usw. ist gegen die eigenen Interessen der Arbeiterschaft gerichtet.

Es würde auf diesem Gebiet überhaupt keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft bestehen, wenn nicht von beiden Seiten, zumeist aber von

Arbeitnehmerseite, Weltanschauungsfragen und politische Tendenzen mit dem Produktionsprozess verknüpft würden. Die ideale Spaltung beider Kategorien ist im wesentlichen die Folge demagogischer und utopistischer Bestrebungen und nicht von Natur bedingt. Sie ist nur dann zu beseitigen, wenn man den Produktionsprozess entpolitisiert und als eine Funktion der gesamten Volkswirtschaft ansieht.

Büchers Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Ausfälle, die er gegen die Arbeiterschaft gelegentlich einläßt und die vielfach wie eine Spießbücherei wirken, können nichts an dem Umstand ändern, daß das Unternehmertum offenbar bemüht ist, eine neue Ideologie nach der Wirtschaftsumstellung zu suchen, die der moderne Konzentrationsprozess mit sich bringt.

Zu einer Diskussion kam es nicht mehr. Der Vorsitzende Duisberg richtete an die Teilnehmer die Bitte, nunmehr mit dem Gedanken der Qualitätsproduktion zu billigen Preisen ernst zu machen.

Das deutsch-belgische Mißverständnis.

Strefemann bestreitet, daß Deutschland die Ausdehnung der Untersuchung anregte.

Genf, 3. September.

Zu dem von der Belgischen Telegraphenagentur über die Einlegung einer Internationalen Enquete-Kommission veröffentlichten Kommuniqué gab der deutsche Außenminister einigen hiesigen Pressevertretern folgende Erklärung ab:

Ich bin von dem Kommuniqué aus das äußerste bestreut. Der wirkliche Sachverhalt ist vor kurzer Zeit, nämlich am 19. August, in einem mit der belgischen Regierung vereinbarten Kommuniqué gleichzeitig in Brüssel und Berlin bekannt gegeben worden. Aus diesem Kommuniqué geht klar hervor, daß die belgische Regierung die Initiative ergriffen hat, indem sie in einer amtlichen Note die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf lenkte, daß die belgische Regierung mit einer unparteiischen Untersuchung der deutsch-belgischen Streitfrage einverstanden sei.

Diese Erklärung des deutschen Außenministers steht in einem offenen Gegensatz zu der belgischen amtlichen Darstellung. Diese hatte davon gesprochen, daß Deutschland eine Erweiterung der Untersuchung vorgeschlagen und angeregt hätte; demgegenüber bestreitet Dr. Strefemann, daß Deutschland eine derartige Anregung gegeben habe; das liegt in der Richtung der bereits gestern in Berlin verbreiteten Ansicht, daß Deutschland keinerlei Forderungen in dieser Art gestellt habe.

Es bleibt nach wie vor unverständlich, wie es zu dieser Gegensätzlichkeit der Auffassungen zwischen Deutschland und Belgien hat kommen können - ein Beispiel dafür, daß über den Verlauf einer diplomatischen Aktion sogar zwei Regierungen in Gegensatz geraten können, deren Außenminister sich in der Politik gegenseitiger Annäherung einig sind. Da nun aber Bänderrolle bereits wieder nach Genf zurückgekehrt ist, ist zu hoffen, daß eine persönliche Unterredung mit Strefemann sofort die Mißverständnisse aus der Welt schafft, die sich in eine Verhandlung eingeschlichen haben, die der gemeinschaftlichen Annäherung der beiden Völker dienen sollte.

Wahlkampf an der Wasserkante.

Sozialdemokratie für Kultur und Fortschritt.

Von Richard Berner.

Hamburg, Anfang September 1927.

Die kommunistische Presse hat in Tönen heftiger Enttäuschung verkündet, der Hamburger Koalitionsrat verjage die Bürgerblockregierung im Reich noch an Arbeiterfeindschaft und Scharfmachertum zu überbieten, er habe die Hamburger revolutionäre Arbeiterschaft der Pressefreiheit und des Koalitionsrechtes mitten im Wahlkampf beraubt, die gesamte deutsche Arbeiterschaft müsse sich gegen den kapitalistischen Polizeiterror in Hamburg und seinen sozialdemokratischen Büttel wenden.

Was liegt diesem Geschrei zugrunde? Der Hamburger Senat hatte befehligen, daß die Neuwahl der Bürgererschaft am 9. Oktober stattfinden soll. Das wurde von der kommunistischen Partei als Signal aufgefaßt, ihre Wahlagitation mit einem kleinen Putschversuch einzuleiten. Strupellos wurden dazu die Demonstrationen mißbraucht, die von der Bezirksleitung Wasserkante der KPD veranstaltet waren, um angeblich der Empörung der Arbeiterschaft über die Hinrichtung Saccos und Banzettis Ausdruck zu verleihen. Kaum waren unter der Parole: Gegen den Justizmord! einige tausend Arbeiter auf die Straße gelockt, als prompt das Angriffsziel gewechselt und gegen die Polizei, die einen Zug vom Heiligengehefeld nach der inneren Stadt verhindern wollte, vorgegangen wurde. Die Zusammenstöße verliefen zunächst noch unblutig. Erst in ihrem weiteren Verlauf, zu später Nachtstunde, kam es zum Gebrauch von Schußwaffen. Ein jugendlicher Demonstrant wurde das Opfer seines Leichtsinns, eine Kugel traf ihn am Knie. Dadurch, daß ärztliche Hilfe nicht rechtzeitig herbeigebracht wurde, folgte Verblutung und Tod des jungen Menschen. Von Teilnehmern der Demonstration aber wurde am gleichen Abend ein an der Unterdrückung der Anruhen völlig unbeteiligter Polizeibeamter, nur weil er in Uniform war, aus einem Straßenbahnwagen gezerrt und aufgräßliche Weise erstochen. Für diesen Mord hat die kommunistische Partei noch kein Wort moralischer Verurteilung gesagt; ihr Organ, die 'Hamburger Volkszeitung', sprach nur von einem Opfer der Volkswut und hegte zu neuen Demonstrationen, die dann von der Polizei allerdings verboten wurden. Verboten wurde auch auf einige Tage das Erscheinen der Volkszeitung und ein als Ersatz mit gleichem Inhalt gefülltes 'Mitteilungsblatt' der kommunistischen Bürgerchaftsfraktion. Sämtliche Verbote sind inzwischen wieder aufgehoben worden. Senat und Polizeibehörde, die unter Leitung des sozialdemokratischen Polizeiherrn Schönfelder steht, hatten die Verbote für notwendig erachtet, um nicht die Verantwortung für neue Blutdaten, die sich infolge der kommunistischen Hege beim Begräbnis ereignen konnten, auf sich zu laden.

Das ist der wahre Hergang der Dinge, das ist der angebliche Raub an politischen Rechten im Hamburger Bürgerchaftswahlkampf!

Im übrigen soll dieser Wahlkampf in den nächsten Tagen und Wochen erst noch beginnen. Die politischen Parteien sind noch mit der Aufstellung ihrer Kandidatenlisten beschäftigt. Nur die Sozialdemokratische Partei hat die ihrige schon vollständig fertig und veröffentlicht. Sie enthält 134 Namen (160 Abgeordnete sind insgesamt zu wählen). Spitzenkandidat ist der bisherige Bürgerchaftspräsident Rudolf Koch, ein erprobter Führer der Hamburger Volksschullehrerschaft, aus deren Reihen er hervorgegangen ist. Wulsten Kreisen der deutschen Parteigenossenschaft ist er bekannt geworden als Vorsitzender der sogenannten Sachsentommission auf dem Heidelberger Parteitag. In der Hamburger Bürgerchaft genießt er allgemein Vertrauen und Hochachtung, die er sich durch geradezu vorbildliche Amtsführung redlich verdient hat. Auch die Kommunisten, so wütend sie ihn jetzt im Wahlkampf beschimpfen, haben vor ihm einen Respekt, den sie den beiden Vizepräsidenten (einem Deutschnationalen und einem Volksparteiler) ostentativ verweigern, so daß die Verhandlungen öfters schon in Tumult ausarteten, wenn Koch einmal verhindert war, das Präsidium selbst zu führen.

Mittelpunkt des Wahlkampfes in Hamburg werden diesmal Schul- und Kulturfragen sein. Das drohende Reichsschulgesetz hat die Geister mobilgemacht. Seine Durchführung würde das unter der Leitung des sozialdemokratischen Schulsenators Emil Krause im fortschrittlichsten Sinne aufbaute Volksschulwesen von Grund aus zerstören. Impoante Lehrer- und Elternversammlungen haben bereits leidenschaftlich gegen die Zerstückelung der Volksschulenschaftsschule, die sich in Hamburg frei von jeder kirchlichen Bevormundung entwickelt hat, protestiert. Hamburg war auch schon auf dem besten Wege, den Gedanken der Einheitschule im Sinne der Verfassung von Weimar rein durchzuführen. Die Auflösung der privaten Volksschulen und damit die Beseitigung der Standesschulen war bereits beschlossene Sache, als die Reichsregierung und die reaktionäre Mehrheit des jetzigen Reichstages diesen Fortschritt wieder zunichte machten. Der Rückschritt ist eifrig betrieben und durch Verleumdungen der modernen Schule begünstigt worden von den Hamburger Deutschnationalen, die eine besonders rabiate Vertretung in der bisherigen Bürgerchaft hatten. Ihre kulturfeindliche Haltung wird in dem gegenwärtigen Wahlkampf um so schärfer geißelt werden:

müssen, als sie sich noch immer Hoffnung machen, in den Senat eindringen zu können, wozu ihnen der rechte Flügel der Volkspartei nicht mehr als gern behilflich wäre. Demokraten und Sozialdemokraten haben aber schon bei der Wahl des jetzigen Senats im Jahre 1925 jede Beteiligung von Deutschnationalen an der Regierung des Stadistaates abgelehnt.

Wenn die früher nur aus Demokraten und Sozialdemokraten bestehende Koalition infolge des Wahlausfalls von 1924 durch Einbeziehung der Volkspartei erweitert werden mußte, so ist diesmal der Kampf unserer Partei darauf gerichtet, so stark zu werden, daß die Notwendigkeit, mit der Volkspartei zu paktieren, überwunden wird. Es spricht in einer Handelsstadt von der Bedeutung Hamburgs gewiß vieles dafür, die Unternehmerkreise, die vorwiegend in der Deutschen Volkspartei ihre politische Vertretung sehen, nicht völlig von der Mitverantwortung am Gemeinwesen auszuschließen; aber die verflochtene Wahlperiode hat auch in Hamburg gezeigt, daß die Verantwortungslosigkeit in jenen Kreisen, die sich so gern „Wirtschaftsführer“ nennen hören, durchaus nicht immer vorhanden ist.

Das Verwaltungsreformgesetz, das die Bürgerschaft vor etwa Jahresfrist angenommen hat, haben die Volksparteiler abgelehnt, weil sie mit ihren Wünschen auf spezielle Vertretung der ihnen politisch nahestehenden Handelsvertreter in der Finanzbehörde nicht durchdrangen. Die Zustimmung zum neuen Lehrerbildungsgesetz, mit dem Hamburg den Volksschullehrern die reine Universitätsbildung eröffnet hat, ließen sie sich erst abringen, als ihnen von kommunistischer Seite vorgehalten wurde, welche unsicheren Stützen der Koalition sie doch eigentlich seien. Und daß wie überall anderswo die Steuer- und Mietfragen, die Fragen der Sozialpolitik überhaupt auch hier stets die Kluft zwischen sozialistischer und kapitalistischer Anschauung aufreißen, ist so selbstverständlich, daß es keiner Erwähnung bedarf. Der Gegensatz dieser Anschauungen wird auch den Wahlkampf beherrschen. Daran vermag die Existenz der kleinen Demokratenpartei, die im Hamburger Senat einen verhältnismäßig großen Einfluß besitzt, mit ihrer ausgleichenden Tendenz auch nichts zu ändern.

Den geistigen Kampf gegen das Bürgertum wird in Hamburg die Sozialdemokratie allein zu führen haben. Die Kommunisten schalten sich durch ihre oben gekennzeichneten Methoden selbst aus und betunden das überdies noch dadurch, daß sie ihre begabteste Rednerin, die Lehrerin Edith Hommes, die allein noch der kommunistischen Fraktion ein gewisses Ansehen gab, nicht wieder kandidieren lassen. Auch ihr bester Zwischenrufer, der mit viel Mutterwitz begabte Werftarbeiter Erich Hoffmann, wird nicht wieder aufgestellt. Geist ist in der KPD verpönt. Brutalität ist Trumpf. Darum wird, obwohl er nie sein Mandat ausgeübt hat, Ernst Thälmann wiederum der Spitzenkandidat der KPD im Hamburger Bürgererschaftswahlkampf.

Vierzehn Tage vor der Wahl in Hamburg, am 25. September, finden in Neu-Altona und Wandsbeck die Wahlen zur Stadterweiterung statt. Dabei werden besonders die Altonaer Wahlen ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfen. Handelt es sich hier doch um eine Machtprobe nicht allein zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie, sondern zugleich auch um eine solche zwischen den Freunden und Gegnern der Vergrößerung Altonas durch die bekannten Eingemeindungen, die erst nach Überwindung vieler Schwierigkeiten durch einen Gesetzentwurf im Preussischen Landtag erreicht werden konnte. Diese Vergrößerung Altonas ist in der Hauptsache das Werk der Sozialdemokratie, in erster Linie gefördert durch den jungen, tatkräftigen Oberbürgermeister Max Brauer. Das reaktionäre Bürgertum in den jetzt mit Altona vereinigten Ortsgemeinden (Blankenese, Flottbek usw.) will sich, weil es im Sturm auf gegen die Eingemeindung unterliegt, dadurch rächen, daß es die sozialdemokratische Machtposition im Altonaer Rathaus zu unterwählen trachtet. Das aber dürfte schwerlich gelingen. Die

fortschrittlichen Taten des sozialistischen Stadtrégiments, besonders im Wohnungsbau, in der sozialen Fürsorge, in der Verschönerung des Stadtbildes, sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß der Rückschritt sie fortzuleugnen vermöchte. Die Kommunisten belächeln allerdings auch hier gegen die Sozialdemokratie und helfen ihren Gegnern, wo und wie sie nur können. Der Kampf wird darum nicht leicht sein. Aber er wird unter ähnlichen Umständen und in einem ähnlichen Geiste geführt, wie die Wiener Sozialdemokraten ihren letzten Gemeindevahlkampf geführt haben. Und er wird hoffentlich auch von gleichem Erfolge gekrönt!

### „Kreuzzeitung“ gegen v. Guérard. Sie ist und bleibt monarchistisch.

Herr v. Guérard, der geschäftsführende Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, hatte gestern in der „Germania“ geschrieben, die monarchistische Propaganda der „Kreuzzeitung“ sei unerträglich und ein Verstoß gegen die Richtlinien, über den noch gesprochen werden müsse. Die „Kreuzzeitung“ ist zum Sprechen sofort bereit, denn sie entgegnet schon heute:

Wir müssen gegen diese anmaßenden Äußerungen des Zentrumsführers entschiedensten Einspruch erheben. Sind wir etwa ein Organ der Regierungskoalition, das an deren Politik gebunden ist? Die „Kreuzzeitung“ war, ist und wird immer monarchistisch sein. Die „Richtlinien“ haben für uns keine Bedeutung. Es wäre ja auch eine Charakterlosigkeit ohne gleichen, wenn eine Zeitung einer lediglich zur praktischen politischen Arbeit gebildeten Koalition zuliebe ihre Grundsätze aufgeben würde. Wir möchten einmal das Gesicht der Herren vom Zentrum sehen, wenn das gleiche Verlangen an die ihm ergebene Presse gestellt würde. Im übrigen ist bei der letzten Kabinettsbildung ausdrücklich durch den deutschnationalen Fraktionsführer festgestellt worden, daß von einem Aufgeben der politischen Grundsätze nicht die Rede sein kann. Herr v. Guérard wird sich schon an die monarchistische Haltung der „Kreuzzeitung“ gewöhnen müssen. Eingriffe in unsere Meinungsfreiheit verbitten wir uns.

Die „Kreuzzeitung“, die sich heute auf ihre Meinungsfreiheit beruft, ist, solange sie konnte, immer für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit der anderen eingetreten. Monarchisch war sie freilich nicht immer, hatte sie doch nach der Revolution zeitweilig ihren Wahlpruch „Mit Gott für König und Vaterland“ an ihrem Kopf entfernt. Wenn sie der gegenwärtigen Regierungskoalition ähnliche Zugeständnisse verweigert, so ist das natürlich ihre Sache. Sache der Wähler aber wird es sein, die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß sich das Reichszentrum mit der Partei der „Kreuzzeitung“ verbündet hat.

Die „Kreuzzeitung“ will kein Organ der Regierungskoalition sein, sie ist aber das Organ des Grafen Westarp, des Führers der deutschnationalen Regierungspartei. Es ist interessant, daß die Richtlinien, denen Westarp zugestimmt hat, für das Blatt des Grafen Westarp überhaupt „keine Bedeutung“ haben. Mit der Zustimmung zu den Richtlinien hat sich die Deutschnationale Partei vier Ministerstühle erkauft, aber für die deutschnationalen Presse und für die deutschnationalen Parteiführer haben die Richtlinien „keine Bedeutung“. Das ist Politik nach Methoden, wie sie früher auf dem Pferdemarkt von Gumbinnen im Schwunge waren, die aber auch dort schon aus der Lebung gekommen sind.

**Italienisches Dementi.** Zu der Meldung aus Chambery, wonach eine Gruppe italienischer Offiziere an der italienisch-französischen Grenze eine Kundgebung veranstaltet hätte, deren Sinn die territoriale Zurückforderung Savoyens gewesen wäre, erklärt die Agenzia Stefani, daß die Nachricht von einer solchen Kundgebung vollständig unbegründet sei.

### Die Deutschen in Frankreich.

Sollmann über seine Pariser Ergebnisse. — Die Deutschnationalen beim „Erbfeind“.

In der „Rheinischen Zeitung“ schildert Gen. Sollmann die Eindrücke, die er von der Pariser Tagung der Interparlamentarischen Union mitgebracht hat, insbesondere auch die starke Wirkung, die von der Rede Poincarés ausging:

„Seine Rede war ein Meisterwerk an Klugheit und Geschick. Er spricht nicht frei. Wie meistens, las er jedes Wort aus seinem Manuskript ab. Die Wirkung war trotzdem gewaltig. Die Reinheit und Klarheit des Stils, die knappe Prägnanz der Sätze, die helle, klingende Stimme und eine trotz dem Fehlen jeder Geste mitreißende Rhetorik ließen ganz vergessen, daß nicht eine Rede, sondern eine Vorlesung gehalten wurde. Bis er unter rauschenden Kundgebungen die Tribüne verließ, tat sich ein Riß zwischen allen anderen und der deutschen Delegation auf. Die Vertreter von dreißig Völkern erhoben sich und jubelten dem politischen Führer der französischen Republik minutenlang zu. Zwei oder drei auch der deutschen Delegierten, darunter der deutschnationalen Abgeordnete und frühere Vizepräsident des Reichstages, Dr. Dietrich, der unmittelbar neben Poincaré saß, standen mit auf, hochgerissen wohl von dem mächtigen Zwang des Augenblicks. Wie anderen blieben sieh. Auch wir begrüßten die friedlichen Worte Poincarés. Eine Ovation aber für ihn? Dazu konnten wir uns in der Erinnerung an seine Kriegspolitik, an seine Unverfrorenheit in den ersten Nachkriegsjahren, an seine Ruhrpolitik, nicht entschließen.“

„Zum ersten Male befanden sich unter der Delegation auch deutschnationalen Abgeordnete. Wie nicht anders zu erwarten war, haben sie sich an allen französischen Empfängen mit uns beteiligt. Alle Reden, die wir auf dem Kongress gehalten haben, sind auch von deutschnationalen Delegierten gebilligt worden. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Dietrich hat auf einem Essen, das uns der deutsche Botschafter von Hoersch gegeben hat, diesem ausgezeichneten Vertreter der Deutschen Republik in Worten voll Herzlichkeit für seine Verständigungspolitik gedankt. Bei solcher Vorklage wirkte es auf den nichtdeutschnationalen Teil der Delegation natürlich nur belustigend, als in Paris bekannt wurde, mit welchen Anfällen von Wut und Gift die deutschnationalen Presse erst über Lööbe und dann auch über mich hergefallen ist. ... Was ist nun eigentlich deutschnational? In Paris machen deutschnationalen Abgeordnete mit uns deutsch-französische Verständigungspolitik; sie bezeugen Herrn Poincaré ihre Achtung; sie genießen die französische Gastfreundschaft; sie schütteln Herrn Doumergue und Herrn Briand die Hand, und in Berlin tobt derweil die deutsch-nationale Presse.“

### Schwarzrotgold bei der Reichswehr.

Beschleunigte Durchführung des Erlasses.

Eine Korrespondenz meldet:

Zu dem Erlass des Reichswehrministers vom 15. August über die Einführung von schwarzrotgoldenen Flaggen für die Dienstgebäude der Reichswehr werden jetzt die Ausführungsbestimmungen bekannt. Danach sollen die Heeresunterfunkämter bis zum 10. September ihren Flaggenbedarf bei den Wehrkreisverwaltungsämtern anmelden, die ihrerseits diese Zusammenstellung bis spätestens 15. September dem Marinarsenal in Kiel zu überreichen haben, das für die erste Ausrüstung und für den laufenden weiteren Bedarf zu sorgen hat. Die Abmessungen der Nationalflaggen müssen denjenigen der gleichzeitig mit ihnen auf den einzelnen Dienstgebäuden geführten Reichskriegsflaggen gleich sein. Im übrigen wird auf die beschleunigte Durchführung der Anschaffung gebrungen.

**Polnische Grenzzwischenfälle.** In der Nacht vom 30. zum 31. August wurde in der Gegend von Wilna ein Soldat der polnischen Grenztruppe von den litauischen verschleppt. In der polnisch-litauischen Grenze soll die litauische Grenztruppe einen polnischen Oberleutnant verschleppt haben.

### „König Heinrich IV.“

Ceiling-Theater.

Der Regisseur Karlheinz Martin ist viel klüger als der seit langem verstorbene Dichter William Shakespeare. Der Regisseur, der sich seine Dramaturgie selber besorgt, schneidet aus dem Gigantendrama „Heinrich IV.“ das Kneipenstück John Falstaff heraus, wie etwa der Opern- und Operettenlibrettist seine Texte zurechtbaut. Es entsteht dann eine Komödie, in der die großen Shakespeare-Ereignisse nur Zwischenfälle sind. Dafür wird die Falstaff-Posse mit aller Gründlichkeit durchgegründelt und durchgegliedert. Der Shakespeare'sche Sinn wird verbogen und der Un Sinn aufgedonnert, zum Schluß allerdings ins Kolossale und wild Gefährliche. Wir erleben endlich eine tragische Falstaff-Posse. Der Fettwanst wird von der Ungnade seines Königs wie vom Schlag getroffen, der Kaskadentänzer darf sich Westen erlauben, die etwa besagen: „Du verfluchter Lump von einem getrockneten Haupt, ich bin der moralische Steger, und du nur ein undankbarer Schuft im Purpurmantel.“ Bei Shakespeare geht es gar nicht so hoch zu. Dort läßt Falstaff einfach zu Mittag ein und schwindelt sich noch einmal heraus, um seine Schulden nicht bezahlen zu müssen. Dort ist Falstaff auch gewiß, daß König Heinz noch einmal auf die Spitze seines Narren hereinfallen und ihm und seinem Bad alle Gnade wieder schenken wird. Bei Shakespeare hat Falstaff gar keinen guten Kern, bei Karlheinz Martin soll er zum Opfer des monarchistischen Hochmuts werden. Wahrscheinlich, das ist so sein ausgedacht, daß es eine erbauende Possenmoral für die ganze Galerie abgeben könnte. Es ist nur zu spitzfindig ausgedacht und auch zu banal und billig.

Die Posse Falstaff wird mit tausend Kinkerlitzchen, mit dem gefühloosen Eugen Klöpfer als Falstaff und seinem Bogen Gustav Stettenbauer, einem fabelhaften Klippkomiker, denn auch blendend aufgeführt. Frau Hurlitz (Frau Wangel), das Schandmädchen Dörchen (Hilde Hildebrand), dieses Duett gibt zusammen mit dem gedunsenen Sir John eine stundenlang anzuflaumende Sutti- und Hurenidylle. St. Pauli auf der Bühne mit aller Technik des theatralischen Naturalismus hergezauert. Dabei Klöpfer immer philosophisch und so guimäßig, daß Sir John sich dauernd als die gewichtigste Fleischwerdung des Satzes einprägt: Fünf-Zehner-Menschen sind die einzigen und pikaresken Ehrenmänner. Man sollte die ganze Menschheit wie die Schweine oder Kapannen mästen, damit man sie zur wahrhaften Moral des Vergnügens heraufzucht.

Zu dieser Parodie und Range anreißerisch umschmeichelnden Reizmethode gehört es, daß Herrn Ernst Deutsch empfohlen wird, den fröhlichen Prinzen Heinz von Anfang an in einen Hamlet, in einen düsteren Größler zu verwandeln, der sich aus geheimnisvollsten Gründen an Falstaff erfreut. Ernst Deutsch läßt sich zu keinerlei

Dummenjungenstreichen verleiten. Er spielt wie ein Detektiv, dem es nur darauf ankommt, das Eliteschwein Sir John zu entlarven. Beinahe wäre nach solcher Inspiration des Regisseurs der alte König (Paul Wegener) ein allzu gebrechlicher Monarch, nur ein sabbernde Ruine geworden. Zum Glück besann sich Herr Wegener auf den Gedankeninhalt seiner Rolle, um großartig, gespenstisch und wahrhaft staatsmännisch in den Tod hinüberzugehen. Herr Riemann stotterte und stetzte den Heißsporn Percy jungenhaft entzündend. Aber alle Hauptpersonen werden nach dem Willen des Regisseurs zu Episodenspielern, denen der Dramaturgenwille die besten und goldensten Worte aus dem Munde nimmt. Der Dramaturge verteidigt sich, daß er doch den dreistündigen Theaterabend nicht wesentlich überschreiten darf. Er hat dann recht, wenn ein Shakespeareabend nur ein Amüsierabend ist. Das Kabarett der Komiker als Konturreiz gegen das Theater der Tragiker, Zeitstil, Koffischerweise. Die Lösung ist: Ready cash. Und auch die schwarzweißen verschworenen Herren der Hotelbetriebsgesellschaft sehen es nicht gern, daß die Mercedeswagen ihrer Gäste allzu spät heranzurufen. Hoppla, man will eben up to date leben.

Max Hochdorf.

### „Wann und wo“ im Admiralspalast.

„Dich, teurer Haller, grüß ich wieder.“ Mit diesem guten Vorjah ring ich in die neue Revue. Aber mit der Revue ist es wie mit einem Pferderennen; die Tips stimmen nicht immer, die Buchmacher irren sich, und statt des Favoriten gewinnt ein Duldler. Uebrigens ist kaum ersichtlich, was, wann und wo drei Buchmacher bei dieser Revue gearbeitet haben sollen. Die paar Refrains sind gut herausgekommen, neben dem Lied des Titels besonders das vom Müller mit dem Triller. Kollo hat hier, auch in den Tanzvariationen seines Hauptstüchlers, schmissige Arbeit gemacht, und Schindler hat sie vorzüglich betreut. Wir wollen nicht verstehen, daß Kainers Schlusssätze, daß seine Kostüme der Schmetterlinge, Sterne und Gläser, der aus Paris übernommenen Männer von 1937 die Phantasie so anregen, wie sie von großem Glück für das Raumschiff, Revueartig und Bunte geschaffen wurden. Wir wollen anerkennen, daß das Begrüßungs-Admiralschiff und die Sternleiter ihre Ipanis-dekorative Großwirkung hatten. Aber was bedeuten sechs Bilder unter 45? Wie schnell erlischt ein Raub für das Auge, wie arg enttäuscht der ganze zweite Teil der Revue! Mit dem Inhalt haben es sich die Autoren Haller, Wolf, Ribeanus diesmal sehr bequem gemacht. Sie haben selbst die roten Fäden von 1926 durchgeschnitten und geben einfach Anschauungsunterricht, zusammenhanglos, verworren, gerade so, daß es der Komik von Morgan und Ehrlich noch gelinzt, das Thema der kommenden Szene in ihre Kaskadette einzubringen. Uebrigens sind die beiden Konferenziers diesmal wirklich spitzig und bringen neben allzu bekannten Börsenwigen keine politische Bonmots, die man sich merkt.

Wann und wo aber schlägt diese Revue ein? Nicht bei der kleinen Kassa, die jovic Vorhujstörbeeren gernie hat und

doch nur ein sühes, hübsches, niedliches Schabrettchen ist; nicht bei Franklyn, der eine mittlere Kopie von Rejon ist, nicht bei dem lustig-verwegenen Ekeid der X-Strahlen, den Holländer in seiner Revue schon seit Monaten gezeitet hat, und selbst nicht bei den sehr gut pointierten verzagten Käufern. Sondern: der spielerische, gesungliche, wirklich werdende Revuestar ist Trude Hesterberg, die Tanzattraktion Helen Wehrle, eine überaus graziose, schlanke, liebliche Schlangensängerin, und auch die Lorraine gleichwüster sind zugkräftig geblieben, wenn man ihre Symmetrie nicht mehr als maximal zu bewundern braucht.

Ganz große Klasse, in ihrer gezähmten Voderheit unsterblich, bleiben die Tillergeris, die immer wieder neue Nuancen der Ensemblebewegung zeigen! Erst wenn diese tanzen, ist Leben auf der Bühne. Sie sind das unerschöpfliche Labial des zwei Stunden zu langen Abends. Auch die Admiralschiffe und die Truppe der Edwardowa seien gepriesen. Tanzbeine als Inhalt einer Revue — wir haben uns was anderes gedacht. Aber vielleicht ist es das Richtige. So wird man des Genres am schnellsten überdrüssig.

R. S.

**Lausprecher machen die Wohnhäuser unbewohnbar.** Ein in der französischen Hauptstadt ansässiger Amerikaner erhebt einen öffentlichen Klageruf über die immer mehr überhandnehmende Ruhestörung durch die Lausprecher. Er habe deshalb innerhalb der letzten zwei Jahre dreimal die Wohnung gewechselt, sei aber immer nur aus dem Regen in die Traufe gekommen. Wörtlich schreibt er: „Manche Pariser Miethäuser sind geradezu unbewohnbar geworden. Ich höre, daß es Miethäuser gibt, in denen die Anbringung von Lausprechern kontraktlich unterliegt ist. Aber was nützt das, wenn man ihr Kreischen und Anarren aus drei oder vier Nachbarhäusern hören muß und durch unsichtbares Gegrüll und Gequäke von Tenor- und Sopranstimmen immerfort im Schlaf gestört wird. Es ist unerträglich und sollte gesetzlich verboten werden.“ Der Amerikaner, der sich als „Ein Dulder“ unterzeichnet, scheint feinere Nerven zu haben als die lärmgewohnten Franzosen.

**Ein 15jähriger litauischer Dichter.** Das offiziöse Kommer Blatt „Litwa“ veröffentlicht einen Aufruf an die litauische Gesellschaft, durch eine Volksspende dem 15jährigen Dichter Balam Agdzinis zur höheren Schulbildung zu verhelfen. Agdzinis — ein literarischer Wunderkind — hat bereits mit 14 Jahren formvollendete Gedichte veröffentlicht. Der Vater des Knaben ist ein Tagelöhner, der 55 Mark monatlich verdient und seinem Sohne keine Bildung geben konnte, so daß dieser mit elf Jahren sich selbst seinen Unterhalt erwerben mußte und jetzt als Seegerlehrling tätig ist.

**Erstaufführungen der Woche. Dienstag, Kammertheater: „Der Mann“ — Volkstheater: „Filmroman“ — Donnerstag, Künstlertheater: „Die Dame von Maxim“ — Theater d. d. Königgräber Straße: „Der dreimal tote Peter“.**

**Die Romische Oper beginnt die Herbstsaison am 20. September.**

**Eine Große Alpine Kunstausstellung wurde im Wiener Künstlerhaus eröffnet.**

## Der „Hochverrat“ des Dichters. Oberreichsanwaltlicher Hebereifer.

Gegen den kommunistischen Dichter Johannes R. Becher hat der Oberreichsanwalt Werner die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Hochverrats beantragt. Auch die Schriften, die Becher vor der letzten Amnestie veröffentlicht hatte, sind mit den neueren zusammen wieder unter Anklage gestellt worden, weil eine „fortgesetzte Handlung“ angenommen wird. Hoffentlich wird die neue Hindenburg-Amnestie dem Prozeß ein endgültiges, schmerzloses Ende bereiten. Die deutsche Republik wird darum keinen Schaden leiden, den siebet sie viel eher dadurch, daß ihr Oberreichsanwalt versucht, einen Dichter für seine Verse einsperren zu lassen. Für sie ist die Kritik, nicht das Reichsgericht zuständig.

## Ein Druckmittel für die Verhandlungen? Die Truppenverminderung wird erst noch mitgeteilt.

Genf, 3. September. (WZB.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte gestern Abend eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain, die das ganze Gebiet der schwebenden politischen Fragen behandelte. Verschiedene Besprechungen zwischen den Vertretern der Locarnomächte dürften sich anschließen. Das Abendessen, an dem vorgestern Abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann zusammen mit Lecheur, Paul Boncour und andere Herren mit ihren Damen teilgenommen haben, trat entgegen anderslautenden Annahmen keinerlei politischen Charakter.

Die beschlossene Verminderung der Besatzungstruppen wird übrigens formell erst im Laufe der hiesigen Tagung der deutschen Delegation zur Kenntnis gebracht werden. Das hat nicht die Bedeutung einer Vernachlässigung der Höflichkeit gegenüber Deutschland, sondern geht auf die Notwendigkeit zurück, zunächst die Vertragsmächte zu orientieren, die an der Befehung „de facto“ nicht teilnehmen, aber auf Grund des Versailler Vertrages an den Angelegenheiten der Befehung mitbeteiligt sind.

## Ein Seitenhieb Chamberlains.

V. Sch. Genf, 3. September. (Eigenbericht.)

Die Tagesordnung der gegenwärtigen Platsitzung ist so arm an wirklichen Ereignissen, daß die Sitzungen in der allgemeinen Gleichgültigkeit abgewickelt werden. Da aber schon Hunderte von Journalisten anwesend sind, die sich verpflichtet fühlen, trotzdem etwas zu melden, wird jede Redewendung, die nur einigermaßen aus dem üblichen Rahmen herausfällt, eifrig registriert und als bedeutsam hingestellt. In der heutigen, kaum einständigen Sitzung, an der zum erstenmal wieder Briand teilnahm, während Vanderoelde, der erst mittags zurückgekehrt ist, noch durch seinen Sekretär vertreten bleibt, war es eine recht harmlose Randbemerkung Chamberlains, die als „Ereignis“ des Vormittags hingestellt wurde. Als Berichterstatter über die Abwicklung der Entschädigung für die griechischen und bulgarischen Flüchtlinge fügte er seinem Bericht ein paar Worte hinzu, in denen er dieses humanitäre Werk des Völkerbundes pries, durch das im Gegensatz zu der Auffassung mancher Bestimmten wieder einmal die Richtigkeit des Völkerbundes vor aller Welt bewiesen worden sei. Das war eine deutliche Anspielung auf die Demission seines Ministerkollegen Lord Cecil, der Anlaß dazu war etwas dürftig. Mit diesem Seitenhieb auf Cecil hat Chamberlain keineswegs dessen Argumente entkräftet. Es bleibt Tatsache, daß der Völkerbund in letzter Zeit bei der Erfüllung seiner großen politischen Aufgaben, insbesondere des Abrüstungsproblems, versagt hat.

## Kommunistenkrieg in Frankreich.

Eine Beschwerde in Moskau. — Sarrauts Feldzug.

Paris, 3. September. (Eigenbericht.)

Wie nachträglich bekannt wird, ist es in dem Ministeramt am Freitag zu einer außerordentlich erregten Auseinandersetzung über den Feldzug des Innenministers Sarraut gegen die Kommunisten gekommen. Dabei sollen die Anhänger eines Bruches zwischen Frankreich und Rußland sehr entschieden an Boden gewonnen haben. In der Tat wissen sich am Sonnabend der „Matin“ und der „Petit Parisien“ zu melden, daß Briand den französischen Botschafter in Moskau, Herbette, beauftragt habe, sich bei Tschitscherin gegen den russischen Botschafter in Paris, Katowski, zu beschweren. Katowski habe als Mitglied des Exekutiv-ausschusses der dritten Internationale ein Manifest unterzeichnet, worin die Sowjetregierung aufgefordert wird, wieder entschlossen zu einer unbedingten Politik der Weltrevolution zurückzukehren. Tschitscherin habe auf diese Beschwerde hin an Briand ein Schreiben gerichtet, das am Freitag im Ministerialrat anlässlich der Kommunisten-debatte verlesen wurde. Wie der „Matin“ erklärt, soll Tschitscherin seinen Botschafter rundweg desavouiert haben, doch sei dieser Tadel nur theoretisch. Er treffe nämlich nur den Botschafter, während der Politiker und Kommunist Katowski gelobt worden sei. Es sei also höchste Zeit, Schlussfolgerungen der „Matin“, die Abberufung Katowski zu verlangen.

Die Wäuter veröffentlichten am Sonnabend eine Statistik über die Erfolge des antikomunistischen Feldzuges. Während sonst die Ausweisungen unliebsamer Ausländer aus Frankreich rund 6000 betragen, sind seit Eintritt des Kabinetts der nationalen Sammlung nicht weniger als 8500 Ausweisungen verfügt worden, darunter 250 kommunistische Agenten verschiedener Nationalität. Täglich erfolgen neue Polizeistreifen, die zu immer neuen Ausweisungen führen. Seit Beginn des Jahres 1927 sind etwa 100 Kommunisten verurteilt worden; 14 der hauptsächlichsten Führer der kommunistischen Organisationen und 30 der bekanntesten Propagandisten der kommunistischen Partei sitzen im Gefängnis. 52 Fälle sind noch vor den Gerichten anhängig. Anlässlich der letzten Ururtheile sind 36 Verurteilungen ausgesprochen worden. 11 Fälle sind noch in der Schwebe, 19 kommunistische Zeitungen sind verboten worden, eine große Anzahl kommunistischer Bürgermeister, Beigeordnete und Stadträte sind ihrer Funktion enthoben worden; dabei sind in dieser Statistik die wegen Spionage verurteilten acht Kommunisten nicht einbezogen.

## Vorgehen auch in Ungarn.

Budapest, 3. September.

Die Budapest-Polizei hat heute nacht mehr als 50 Personen festgenommen, die an einer kommunistischen Zellenorganisation beteiligt sind. Fünf bis sechs Personen sind geständig, während die übrigen leugnen. Auch in 34 Provinzstädten wurden heute kommunistische Agitatoren verhaftet.

# Zur bevorstehenden Mieterhöhung.

Durch Beschluß der Reichsregierung sind die Länder bekanntlich verpflichtet, die gesetzliche Miete ab 1. Oktober d. J. auf 120 Proz. der Friedensmiete zu erhöhen. Da die letzte Mietzins- und Preissteigerungen und Lohnkämpfe im Gefolge hatte, hat die Breslauer Stadtverordnetenversammlung mit größerer Mehrheit beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei den Staats- und Reichsbehörden dahin vorzuklagen zu werden, daß diese weitere Erhöhung der Mietrückgängig gemacht wird. Auch in anderen Stadtverordnetenversammlungen sehen gleiche Anträge zur Entscheidung.

Ueber die zum 1. Oktober d. J. eintretende Erhöhung der gesetzlichen Miete von 110 auf 120 Proz. der Friedensmiete besteht nach mancherlei Unklarheit. Durch das Gesetz über den Geldwertverausgleich bei bebauten Grundstücken in der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 (Reichs-Gesetzblatt I Seite 251) ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichsrates die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete festzusetzen. Durch Verordnung vom 11. März 1927 hat alsdann der Reichsarbeitsminister nach Zustimmung des Reichsrates angeordnet, daß die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 ab in allen Ländern mindestens 110 Proz., vom 1. Oktober 1927 mindestens 120 Proz. der Friedensmiete be-

trägt. Die letztere Erhöhung ist angeordnet worden, weil am 1. Januar 1928 der Zinsfuß für ausgewertete Hypotheken von 3 auf 5 Proz. steigt. Diese Zinsfußerhöhung beträgt, auf die Miete umgerechnet, ungefähr 8 Proz. der Friedensmiete. Der Reichsbund deutscher Mieter hat hiergegen eingewendet, daß die Mieterhöhung erst vom 1. Januar 1928 nötig sei. Hierauf ist aber von maßgebender Stelle entgegnet worden, daß die Zinsen vielfach bereits am 1. Januar 1928 fällig seien, und daß die Hausbesitzer rechtzeitig in der Lage sein müßten, vorher die Beiträge einzusammeln, um sie ihren Hypothekengläubigern pünktlich zahlen zu können. Die Abänderung der Erhöhung von 8 auf 10 Proz. wird von der Regierung mit der Erhöhung der Hausausgaben in Verbindung mit der allgemeinen Verteuerung begründet. Das trifft aber nur zum Teil zu. Bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in der Reichsregierung, die den Hausbesitzinteressen durchaus günstig ist, ist leider eine Änderung in der Mietzinsfestsetzung, trotz der sozialen Notlage weiter Kreise der Mieterschaft, nicht zu erwarten. Auch im Reichstag wäre eine Mehrheit für eine immerhin mögliche Intervention selbst für den Fall nicht zu erwarten, daß der Reichstag noch vor dem 1. Oktober d. J. zusammenträte. Deshalb wird bedauerlicherweise an der Tatsache der Mieterhöhung um 10 Proz. zum 1. Oktober d. J. nichts mehr zu ändern sein.

## Herr v. Alvensleben-Arensdoerf.

Ein Nachspiel zu den Fürstenwalder Krawallen.

Der im Zusammenhang mit dem Arensdorfer Ueberfall auf Reichsbannermitglieder diegenannte Lehngutsbesitzer Udo v. Alvensleben wird sich am 4. Oktober vor dem Amtsgericht in Seelow (Mant) wegen Beleidigung des Chefs der Fürstenwalder Polizei zu verantworten haben. Diefem Prozeß liegen die Zusammenstöße zwischen Stahlhelmern und Kommunisten zugrunde, die sich am Tage der Abstimmung über die Fürstenwalder Polizei, am 20. Juni 1926, in Fürstenwalde abgepielt haben, und in deren Verlauf es zu erheblichen Ausschreitungen kam. Herr v. Alvensleben als Kreisleiter des Stahlhelms in Arensdorf war der Auffassung, daß die städtische Polizei in Fürstenwalde einseitig zugunsten der Kommunisten gegen den Stahlhelm vorgegangen sei, und beschwerte sich darüber beim Polizeikommissar Hoepfner. Im Laufe dieser Unterredung warf Alvensleben dem Kommissar „räpelhaftes Benehmen“ und „Handlangerdienste für die Kommunisten“ vor, worauf gegen den Gutsbesitzer öffentliche Klage unter Zulassung des beleedigten Polizeikommissars als Nebenklager erhoben wurde. v. Alvensleben, der von Rechtsanwalt P. Bloch (Berlin) verteidigt wird, hat die Ladung des Bürgermeisters Stoll beantragt, der bekunden soll, daß die Fürstenwalder Polizei von jeher einseitig gegen die Rechtserbände eingestellt sei, wie sich dies bei früheren Krawallen in der Stadt bereits gezeigt habe.

## Der verhängnisvolle Kaffiber.

Wegen Beförderung von Kaffibern ist ein ungefähr 50 Jahre alter Beamter Sch. vom Berliner Untersuchungsgefängnis durch die Kriminalpolizei festgenommen worden. Sch. stand schon 22 Jahre im Dienst. Er lebte zuletzt in schlechten Vermögensverhältnissen und ist wohl dadurch auf den Abweg geraten. Bei Vernehmungen stellte Kriminalkommissar Kanthack am Donnerstag fest, daß er zweimal Briefe von Untersuchungsgefangenen heimlich in die Empfänger hinausgeschleift hat, ohne sie der Zensur vorzulegen. Das eine Mal handelt es sich um einen Brief, den ein Bankier K., der schon mehrere Monate in Untersuchungshaft sitzt, an einen ihm befreundeten Kaufmann im Westen Berlins gerichtet hatte. Sch. erhielt dafür 50 Mark. Für einen anderen Gefangenen schmuggelte er zweimal einen Brief an dessen Frau hinaus, für jeden bekam er 10 Mark. Er wurde gestern festgenommen und dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehl gegen ihn. Auch die Empfänger der Briefe wurden vorläufig festgenommen, nach ihrer Vernehmung und nach Durchsuchung ihrer Wohnung aber wieder entlassen.

## Lesen Englisch!

Im September und Oktober werden wieder neue Arbeitsgemeinschaften für Anfänger gebildet, die einmal wöchentlich von 1/2 bis 1/2 Uhr und von 8 bis 10 Uhr abends im Zentrum der Stadt tagen sollen. Bestehende Zirkel nehmen gleichfalls noch einige Teilnehmer mit Vorkenntnissen auf. Man erlernt die Fremdsprache wie die Muttersprache. Große Wandbilder unterstützen den Unterricht in hervorragender Weise, so daß niemals eine Ermüdung eintritt. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Der Beitrag für den Spätnachmittagszirkel auf 1 Mark je Schüler und Stunde festgesetzt; für die Abendklassen sind 1 Mark je Abend zu entrichten. Am Kursende kann jeder Teilnehmer auf Wunsch mit Befreiungsfreunden des englischsprechenden Auslandes korrespondieren, Bücher und Zeitungen austauschen und sich gegenseitig besuchen. Es ist bereits der zweite Sommer, der diesen Plan verwirklicht sieht! In England, Schottland und selbst in Australien warten annähernd 100 Befreiungsfreunde, von denen eine große Anzahl sich sogar dem Studium der deutschen Sprache widmen will, gewiß ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Von Amerika gingen in diesen Tagen 170 Briefe ein! Die Vereinigung der Freunde internationaler Kleinarbeit (Geschäftsstelle: Genosse Dr. A. Paeh, NW 21, Stromstr. 58) verteilt die Adressen. Genossinnen und Genossen sowie mit uns Sympathisierende, denen die Erlernung der englischen Sprache zugleich als Mittel zur Völkerverständigung dienen soll, wollen ihre Anmeldung einleiten an den Kursleiter, Genossen W. Floerke, SW 19, Kurtr. 32, langjähriger Lehrer städtischer Fortbildungsschulen in England und Schottland.

## Zwei Raubüberfälle.

Die nächtliche Unsicherheit des Tiergartens wird wieder durch einen Raubüberfall bewiesen. Gestern Abend kurz vor 23 Uhr ging der Masseur Gustav Heinig aus der Gneisenaustraße auf dem Heimwege den Hornstraßen entlang. In der Nähe der Siegesallee fielen plötzlich ohne jede Veranlassung sechs junge Burken über ihn her, schlugen ihn zu Boden und entrißen ihm die Brieftasche mit 32 M. und den Ausweispapieren sowie ein Paket, in dem sich drei Oberhemden und ein Paar Schuhe befanden. Sie liehen dann den Rikhandelten liegen und liefen davon. Die Begelagerer sind spurlos verschwunden.

Angefallen und herabstürzte gestern Abend in der Jungfernhöhe in der Nähe des Bahnhofes ein 24 Jahre alter kaufmännischer Angestellter Alfred Krappe. Zwei Männer, die anscheinend betrunken waren, rempelten ihn an und stießen ihn, bis er zu Boden fiel. Bevor er sich wieder aufrichten konnte, ergrieffen die beiden die Flucht und verschwanden. Wie er jetzt erdecie, hatten sie ihm die Brieftasche mit seinem Monatsgehalt von 150 M. geraubt. Die Räuber sind beide etwa 30 Jahre alt und etwa 1,75 bis 1,80 Meter groß. Der eine ist glatt rasiert, der andere hat Bartfötelletten. Beide trugen blaue Schirmmützen.

Republikanisches Gartenfest. Die Kameradschaft Brüderplatz des Reichsbanners veranstaltet Sonnabend, den 3. September, 19 Uhr, im Lokal von Treuer, Kastanienallee 28 ein republikanisches Gartenfest. Die Festansprache hat der Kamerad Polizeioberst a. D. Dr. Schäßinger übernommen. Eintritt 30 Pf. Republikaner als Gäste willkommen.

Fahnenweihe in Reinickendorf-Ost. Am 3. und 4. September begeht die Kameradschaft Reinickendorf-Ost des Reichsbanners das Fest ihrer Fahnenweihe. Einleitung der Feier am Sonnabend, abends 20 Uhr, durch einen Fackelzug ab Bellener Straße. Anschließend in Rannus Gesellschaftsgarten, Hauptstraße 32, gefälliges Beisammensein. Die Fahne hat Kamerad Rowat vom Gauvorstand, Sonntag, den 4. September, von 12 bis 1 Uhr: Plafoniert am Schäfersee. Mittags 2 Uhr legt sich der Zug ab Teich-Edle Humboldtstraße in Bewegung. Der Festakt findet auf dem freien Platz Residenzstraße 142/149 statt. Kamerad Reichstagsabgeordneter Künstler wird die Weihe der Fahne vornehmen. Ein Gartenfest vereinigt alle Festteilnehmer und Freunde des Reichsbanners in Rannus Gesellschaftshaus. Republikaner, saggt eure Häuser!

Freizeitspille Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr, Pappelallee 15: Vortrag des Herrn H. Zander: Kien des philosophischen Konismus. Harmonium: Jodel Volklied. Gäste willkommen.

Schulfeier! Weibliche Schule Oberbörsenmeide. Sonnabend, 3. Sept., abends 7 Uhr, Elternversammlung im Festsaal der jetzigen weiblichen Schule (Luisenstr. 33). Erscheinen aller Eltern ist dringende Pflicht.

## Das Kaffeler Explosionsunglück.

Kassel, 3. September. (Eigenbericht.)

Zu dem furchtbaren Sprengungslück in dem Basaltsteinbruch bei Zimmerode erfahren wir noch folgendes: Es waren wohl vorbereitete Borarbeiten für eine umfangreiche Sprengung am Sonnabend, den 3. September geleistet. Etwa 40 Zentner Sprengstoff waren in die Bohrlöcher getan. In einem 15 Meter tiefen Stoßen arbeitete ein Sprengkommando von 12 Mann. Am Freitag war dieses Sprengkommando mit den letzten Borarbeiten beschäftigt, als gegen 3 Uhr nachmittags eine riesige Detonation erfolgte, die von einer ungeheuren Staubwolke begleitet war, so daß zunächst die Sprengstätte vollkommen verhüllt war. Die Ursache der vorzeitig erfolgten Sprengung ist völlig ungeklärt, da das gesamte Sprengkommando den Tod gefunden hat. Die Toten verteilten sich auf die einzelnen Driftstellen in der Umgegend des Steinbruches, der bei Panzberg, einem Basaltkegel bei Zimmerode, in der Nähe von Treysa liegt. Dieser Steinbruch ist einer der am meisten beschäftigten in Hessen. Seine Belegschaft zählt etwa 100 Mann. Seit seinem Bestehen ist in dem Betrieb kein Unglück passiert. An der Unglücksstätte sind heute die zuständigen Behörden erschienen, um nach der Ursache der furchtbaren Katastrophe zu forschen. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß das Unglück durch einen abstrahenden Stein verursacht worden ist. Die Richtigkeit dieser Auffassung wird kaum bewiesen werden können. Die betroffenen Familien sind Gegenstand allgemeinen Bedauerns.

## Wieder ein Flieger über dem Atlantik.

Kapitän Courtney gefartet.

Wie die Deutsche Luftfahrt meldet, ist heute morgen um 6,26 Uhr Captain Courtney mit seinem Dornier-Wal in Plymouth aufgeflogen, um in direkter Route nach New York zu fliegen.

Captain Courtney benutzte bei seinem Versuch ein deutsches Dornier-Wal-Flugzeug mit zwei Motoren. Die Maschine ist dieselbe, die Amundsen seinerzeit auf dem Rückflug vom Nordpol benutzt hatte und die nach großen Schwierigkeiten von der Befehung aus dem Polesis befreit und auf eine Startbahn gebracht worden war. Courtney hatte bekanntlich schon vor einigen Tagen den Versuch gemacht, abzufliegen, mußte jedoch noch einige Abänderungen an dem Flugzeug vornehmen. Der Dornier-Wal ist mit Funkwechsellager ausgerüstet, er kann also nicht nur Nachrichten auf der Fahrt aufnehmen, sondern kann auch selbst senden für den Fall, daß er in Schwierigkeiten geraten sollte. Der Dornier-Wal, den Courtney benutzte, ist eine Maschine, die durchaus als hochleistungsfähig anzusehen werden muß, denn, wie erinnerlich, mußte der italienische Flieger Pocatelli bei seinem Versuch, über Island und Grönland Nordamerika zu erreichen, infolge Brennstoffmangels auf die See niederfallen und trieb vier Tage mit dem Wal, bis er aufgefunden wurde. Nach Meldungen aus London will Courtney unterwegs nach der verschwundenen „St. Raphael“ Ausschau halten, und es wäre immerhin nicht unmöglich, daß er, da er die direkte Route Plymouth—New York fliegen will, irgendwelche Spuren entdeckt. Das Wetter auf dem Atlantik ist allerdings nach wie vor ungünstig. Die Hamburger Seewarte hatte noch gestern Abend in ihrem Wetterdienst vor einem Sturm der in Deffau bereitstehenden Junkers-Maschine gewarnt, und in der letzten Nacht ist keine so grundlegende Verschiebung der Witterung eingetreten, daß man von einer wesentlichen Besserung sprechen könnte. Immerhin besitzt Courtney mit seinem Flugboot größere Chancen als die Landmaschine des Oberst Richin, und sie vermag auch größere Brennstoffmengen mitzunehmen als die „St. Raphael“.

## 120 Soldaten an Fleischvergiftung erkrankt.

Warschau, 3. September. (Eigenbericht.)

In der Wilnoer Kaserne befinden sich 120 an den Folgen einer Vergiftung erkrankte Soldaten. Eine weitere Anzahl Personen liegt ebenfalls nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch schwer danieder.

# Fahnen heraus zum Jugendtag der SA!

Der Zug bewegt sich durch die Paul-, Wiesen-, Reinickendorfer, Liebenwalder, Amsterdamer, Müller-, Ungarn- und Edinburger Straße bis Lindower Straße; Brunnenplatz.

